

# Protokollauszug

aus der  
44. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport  
vom 11.12.2018

---

öffentlich

**Top 3.3 Stärkung des Stadtsportbunds Potsdam  
18/SVV/0718  
ungeändert beschlossen**

**Herr Viehrig** informiert, dass der Finanzausschuss den Antrag in seiner Sitzung am 28.11.2018 mehrheitlich angenommen habe.

Eine Stärkung des Stadtsportbunds, welcher als Ansprechpartner für die Sportvereine fungiert, sei wichtig. Ein Ausbau des Stadtsportbunds durch zusätzliche Stellen sei nötig, um allen Belangen der Potsdamer Sportlerinnen und Sportler sowie Vereinen gerecht zu werden, besonders, da der Stadtsportbund seit Jahren an der personellen Kapazitätsgrenze arbeitet.

**Frau Naundorf** bringt einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ab wann und wie für den ~~Stadtsportbund (SSB)~~ **die Koordination der Schnittstelle Sportvereine/Menschen mit Behinderungen** eine zusätzliche Stelle **im Fachbereich 21 Bildung und Sport** geschaffen werden kann. Dem Ausschuss für Bildung und Sport sowie dem Finanzausschuss ist im März 2019 zu berichten.

**Begründung:**

~~Der SSB ist als Dienstleister für alle Belange der Potsdamer Sportlerinnen und Sportler sowie Vereine zuständig und hat trotz deutlichem Anstieg der Mitgliederzahlen dafür 1,5 Personalstellen zur Verfügung. Der SSB arbeitet damit seit Jahren an seiner Kapazitätsgrenze und ist aufgrund der begrenzten personellen Lage nur unzureichend in der Lage, die Vereine bei bürokratischen/administrativen Aufwänden zu unterstützen bzw. zu entlasten.~~

Mit dem Beschluss ein „Netzwerk Inklusiver Sport“ in der Landeshauptstadt Potsdam zu etablieren, kann damit u.a. die Koordination und Betreuung durch den **Fachbereich 21 Bildung und Sport** SSB übernommen werden. Den zuständigen Ausschüssen ist im März 2019 aufzuzeigen, ab wann und wie eine Stellenerweiterung beim SSB umsetz- bzw. darstellbar ist.

**Frau Naundorf** erläutert, dass die Koordinierungsstelle bei der Verwaltung angedockt werden müsse.

Sie sieht den zusätzlichen Bedarf an Stellen für den Stadtsportbund ebenso, jedoch sei dieser nicht für die inklusiven Bedarfe zuständig.

**Herr Wollenberg** spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, da sich der Stadtsportbund als Dachorganisation der Sportvereine sehr gut als Koordinator/Betreuer eigne.

**Herr Dr. Henrich** weist darauf hin, dass der Antrag auf personelle Aufstockung des Stadtsportbundes bereits gestellt worden ist. Die Mitgliederzahlen steigen weiterhin stark und die Aufgabenbearbeitung gestalte sich immer schwieriger.

Auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter müssen immer mehr Aufgabengebiete übernehmen.

**Herr Keller** spricht sich dafür aus, dass der Stadtsportbund gemeinsam mit der Verwaltung agiert. Die Organisation innerhalb der Sportvereine müsse ebenso gestärkt werden.

**Frau Aibel** ergänzt, dass eine personelle Verstärkung des Stadtsportbundes auch aus ihrer Sicht notwendig sei, sowohl qualitativ als auch quantitativ gebe es neue Bedarfe und Herausforderung.

Auch im Hinblick auf die Ziele und Maßnahmen aus dem Teilhabeplan sind weitere Aufgaben für den Stadtsportbund und die Verwaltung zu erfüllen, beispielsweise das Erreichen der Frauenquote. Eine Darstellung der künftig zu bewältigenden Aufgaben im Fachbereich, Bereich Sport könne in einer der nächsten Sitzungen gegeben werden. Verwaltungsbedarfe und die Personalmehrbedarfe des Stadtsportbundes sollten nicht gegen einander ausgespielt, sondern in Einklang gebracht werden.

**Herr Viehrig** schlägt vor, den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht abzustimmen. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Verfahrensweise zu.

Der ursprüngliche Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ab wann und wie für den Stadtsportbund (SSB) eine zusätzliche Stelle geschaffen werden kann. Dem Ausschuss für Bildung und Sport sowie dem Finanzausschuss ist im März 2019 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen.**